

Künstliche Intelligenz im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren

AO-AI-Grid, Use Cases und § 367 Abs. 2 Satz 1 AO

Prof. Dr. Christoph Schmidt

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Problemstellung

Warum das Steuerverfahrensrecht einen belastbaren KI-Ordnungsrahmen braucht

Ausgangspunkt

KI wandert in der Finanzverwaltung vom Servicebereich in Workflows, Entscheidungsvorbereitung und Automatisierung. Ohne Systematik bleibt die Debatte über KI-Einsatz fragmentarisch: Governance, Compliance und Risikobewertung werden erschwert.

- Gerade das Einspruchsverfahren bündelt Bürgerkontakt, interne Bearbeitung, Rechtsprüfung und Selbstkontrolle der Verwaltung.

Leitfrage

Wie lässt sich KI im steuerlichen Rechtsbehelfsverfahren so verorten, dass Funktion, Verantwortung und rechtliche Grenzen sichtbar werden?

Governance

Compliance

Risiko & Qualität

Rechtsschutz

Zielsetzung

Vom Ordnungsrahmen zur dogmatischen Zuspitzung

1. Systematisieren

Mit dem AO-AI-Grid werden funktionale Einsatzformen von KI mit der Struktur der Abgabenordnung verbunden.



2. Konkretisieren

Das außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren dient als Testfeld für praxisnahe Use Cases von Front Office bis Automatisierung.



3. Bewerten

Im Fokus steht § 367 Abs. 2 Satz 1 AO: Muss die „vollumfängliche Prüfung“ zwingend menschlich erfolgen?

Kerngedanke: nicht nur fragen, was technisch möglich ist, sondern was verfahrensrechtlich tragfähig und governancefähig gestaltet werden kann.

Das AO-AI-Grid

Ein Raster aus Verfahrensbezug und Funktionslogik



z. B. allgemeine
Verfahrensvorschriften, Durchführung
der Besteuerung,
Rechtsbehelfsverfahren

Das Einspruchsverfahren als Testfeld

Vier Funktionsräume entlang eines Verfahrens mit hohem Praxisbezug



Front Office und Back Office

Kurzfristig liegt hier das größte, am wenigsten konflikthafte Potenzial

Front Office: Kommunikation und Zugang

- Einspruchs-Chatbots informieren über Fristen, Begründungsanforderungen und Verfahrensabläufe.
- Rechtsmittel-Berater unterstützen bei Formulierung und Einreichung.
- E-Service-Bots reduzieren Statusanfragen und schaffen Transparenz für Steuerpflichtige.

Back Office: Bearbeitung und Workflow

- KI kann Einsprüche nach Rechtsgebiet, Streitpunkt oder Erfolgsaussicht klassifizieren.
- Routing-Systeme verteilen Eingänge nach Expertise und Auslastung.
- DMS/OCR strukturieren digitale Akten und verknüpfen relevante Rechtsprechung.

Praxisindikator: In Hessen wurde ein System zur Kategorisierung von mehr als 261.000 Grundsteuer-Einsprüchen eingesetzt.

Entscheidungsunterstützung

KI hilft nicht selbst zu entscheiden, sondern besser zu priorisieren, zu begründen und zu steuern



Anforderung: Transparenz, Nachvollziehbarkeit und dokumentierbare Begründungsfähigkeit sind Akzeptanzvoraussetzungen.

Entscheidungsautomatisierung

Technisch naheliegend – dogmatisch hochsensibel

Grenze der Automatisierung

Sobald Wiedereinsetzung, atypische Sachverhalte oder wertende Einzelfallentscheidungen ins Spiel kommen, steigt der Bedarf an menschlicher Kontrolle deutlich an.

Standardisierte Prüfschritte

Form, Frist,
Beschwer,
Einspruchsbefugnis

Vollautomatische Zulässigkeitsprüfung

§ 358 AO erscheint als
prototypischer
Automationsfall → solange
keine individualisierte
Würdigung notwendig wird.

Weitere Automationsfälle

Verfahrenseinstellung bei
Rücknahme sowie
standardisierte
Fristverlängerungen und
Verfahrensaussetzungen.

§ 367 Abs. 2 Satz 1 AO: „KI prüft KI“?

Die dogmatische Kernfrage

**Verlangt die „vollumfängliche
Prüfung“ zwingend eine
menschliche Prüfung?**

Argumente für eine Öffnung

- Das Einspruchsverfahren ist ein verlängertes Verwaltungsverfahren.
- Für standardisierte Prüfschritte spricht vieles gegen ein ausnahmsloses Menschenvorbehaltmodell.
- Effizienz- und Entlastungseffekte sind gerade im Massenverfahren beträchtlich.

Argumente für Begrenzung

- Der Rechtsbehelf ist verwaltungsinterne Selbstkontrolle und Träger von Verfahrensgarantien.
- „KI prüft KI“ verschärft Legitimitäts- und Kontrollfragen.
- Wertende Einzelfallprüfungen verlangen Eingriffs- und Auditmöglichkeiten.

Rechtspolitischer Prüfstein: Welche Mindeststandards menschlicher Kontrolle, Transparenz und Protokollierung sind normativ zu sichern?

Fazit und Ausblick

Vom Potenzial zur implementierbaren Governance

These 1

Ohne Ordnungsrahmen bleibt KI-Einsatz in der Finanzverwaltung nicht beherrschbar.

These 2

Kurzfristig liegt das größte Potenzial im Einspruchsverfahren bei Front- und Back-Office-Anwendungen.

These 3

Entscheidungsunterstützung ist realistisch: aber nur mit Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

These 4

Entscheidungsautomatisierung ist nicht ausgeschlossen, stößt aber an dogmatische Grenzen.

These 5

Der nächste Schritt ist das Design des „Wie“: Risikoklassen, Audit-Trails, Zuständigkeiten und Evaluierung.

Take-away

KI im Einspruchsverfahren ist kein Zukunftsgerücht mehr. Entscheidend ist, dass die Einführung entlang klarer Funktionen, rechtlicher Leitplanken und überprüfbarer Governance erfolgt.

Kontaktdaten



<https://tinyurl.com/2p93p7hw>



Dr.Christoph.Schmidt@gmx.de



<https://tinyurl.com/4x7n79uv>